



Pressemitteilung

Landesvertretung
Schleswig-Holstein

Verband der Ersatzkassen e. V.
Wall 55 (Sell-Speicher)
24103 Kiel
www.vdek.com
[in LinkedIn](#)

26. Juni 2026

Gespräche am Wasser der vdek-Landesvertretung **Weichenstellungen für die Gesundheit von morgen**

Die aktuellen gesundheitspolitischen Reformvorhaben in Bund und Land standen im Fokus der diesjährigen „Gespräche am Wasser“ zur Kieler Woche. Rund 80 Gäste aus Gesundheitswesen und -politik waren in den Sell-Speicher am Ufer der Kieler Förde gekommen. Alle Rednerinnen und Redner waren sich einig, dass Reformen im Gesundheitswesen nötig sind. Bei der Bewertung der aktuellen Gesetze und Entwürfe gingen die Meinungen allerdings zum Teil weit auseinander.

Die Gastgeberin Claudia Straub, Leiterin der Landesvertretung Schleswig-Holstein des Verbandes der Ersatzkassen e. V. (vdek) lobte die ersten Empfehlungen der Finanzkommission Gesundheit zur Stabilisierung der GKV-Finzen und hätte sich eine konsequente Umsetzung gewünscht. Seit der Veröffentlichung würden diese Vorschläge jedoch immer weiter aufgeweicht. „Im weiteren Gesetzgebungsprozess dürfen keine Abstriche mehr gemacht werden – sonst wird das Ziel verfehlt!“, warnte Straub. Über die kurzfristig greifenden Sparmaßnahmen hinaus seien aber auch nachhaltige Strukturreformen zur Sicherung der Versorgung notwendig.

Die Gesundheitsökonomin Iris Kesternich vom Hamburg Center for Health Economics betonte, Deutschland habe eines der teuersten Gesundheitssysteme der Welt – aber beim medizinischen Outcome seien wir nicht vorn dabei. Sie kritisierte u. a. die unzureichende Patientensteuerung und die hohen Arzneimittelausgaben, die innerhalb von zehn Jahren um 74 Prozent gestiegen seien. Auch angesichts der alternden Bevölkerung und des Personalmangels stehe Deutschland an einem Punkt, wo weitmachen wie bisher keine Option mehr sei.

Gesundheitsministerin Kersten von der Decken lenkte den Blick auf die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen als eine der Ursachen für die Finanzprobleme der gesetzlichen Krankenkassen. Es sei nicht vermittelbar, dass Beitragszahlerinnen und Beitragszahler dauerhaft Aufgaben

finanzieren, die gesamtgesellschaftlicher Natur sind. „Deshalb setzen wir uns auch gemeinsam mit anderen Ländern dafür ein, dass insbesondere die Krankenversicherungsbeiträge für Bürgergeldbeziehende künftig vollständig aus Steuermitteln finanziert werden“, erklärte von der Decken.

Dr. Bettina Schultz, Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH), beklagte, dass die niedergelassenen Ärzte, die bei einem Anteil von 16 Prozent an den Gesamtausgaben für 96 Prozent der Patientenkontakte stünden, vom GKV-Betragssatzstabilisierungsgesetz überdurchschnittlich stark betroffen wären. Für die KVSH rechne sie mit Einbußen von fast 90 Millionen Euro. Diese unsichere finanzielle Perspektive führe dazu, dass Praxisinhaber wie Dr. Sebastian Irmer aus Eckernförde Investitionen in moderne Technik auf Eis legen würden, die den Praxisbetrieb effizienter machen und das Personal entlasten würden.

Mit Blick auf die Krankenhausreform, die auf Bundesebene verabschiedet ist und nun von den Ländern umgesetzt werden muss, begrüßte Axel Post, Geschäftsführer der Klinik Manhagen, die damit verbundene Spezialisierung, selbst wenn das für sein Haus bedeutet, dass das Leistungsangebot eingeschränkt wird. Als unglücklich bezeichnete er den Zeitplan, nach dem die Krankenhäuser erst Ende Dezember erfahren werden, welche Leistungen sie ab Januar 2027 erbringen dürfen. Patrick Reimund, Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft Schleswig-Holstein, wünschte sich für die Zukunft weniger Regulierung: Mehr „Beinfreiheit“ für individuelle Lösungen für die Versorgung vor Ort und eine Reduktion von Bürokratie und Dokumentation. Die sei nicht per se schlecht, beanspruche aber rund drei von acht Arbeitsstunden von Ärzten und anderen Fachkräften. „Nur eine Stunde mehr für die Versorgung wäre schon ein großer Gewinn“, so Reimund.

Alle Redner äußerten sich optimistisch, dass die Versicherten die Notwendigkeit der Reformen verstehen würden. Aber man müsse das den Menschen erklären. Und „man“ – auch da waren sich alle Rednerinnen und Redner einig – dass seien alle, die beim vdek gerade über diese Reformen diskutierten: Ärzte, Krankenkassen, Politiker und andere Akteure wie z. B. aus der Wissenschaft.

Pressekontakt:

Florian Unger, vdek-Landesvertretung Schleswig-Holstein

Tel.: 04 31 / 97 44 1 – 16, E-Mail: florian.unger@vdek.com

Der Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) ist Interessenvertretung und Dienstleistungsunternehmen aller sechs Ersatzkassen:

[Techniker Krankenkasse \(TK\)](#), [BARMER](#), [DAK-Gesundheit](#), [KKH Kaufmännische Krankenkasse](#), [hkk – Handelskrankenkasse](#) und [HEK – Hanseatische Krankenkasse](#).

Die Ersatzkassen versichern zusammen mehr als 29 Millionen Menschen in Deutschland, davon mehr als 1,3 Millionen in Schleswig-Holstein. Damit sind die Ersatzkassen Marktführer im Land. Beim vdek arbeiten bundesweit etwa 800 Beschäftigte. Hauptsitz des Verbandes ist Berlin. Für die regionale Präsenz der Ersatzkassen in Schleswig-Holstein sorgt die vdek-Landesvertretung in Kiel.